

## Behindertenverbände warnen in Marburg vor Rechtsruck / OP 27.04.2024



Am Samstag, 27. April, demonstrierten rund 200 Menschen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und gegen Rechts.

Quelle: Nadine Weigel

**Am Samstag, 27. April, demonstrierten rund 200 Menschen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Sie erinnerten an Nazi-Gräueltaten und warnten davor, dass sich Geschichte wiederholen könnte.**

**Marburg.** Ein grauer Bus führte den Demonstrationszug an. Kein Zufall, sondern ein Mahnmal. Denn er sollte an die grauen Busse erinnern, mit denen vor rund 80 Jahren während der NS-Diktatur Menschen aus Marburg abgeholt und in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet wurden.

Fast 15.000 Menschen fielen der nationalsozialistischen „Euthanasie“ in Hadamar zum Opfer – psychisch Erkrankte, Menschen mit Behinderung, Alte und Junge, Männer, Frauen und Kinder. Allein 200 Marburgerinnen und Marburger wurden damals in Hadamar getötet.

„Damals wäre vielleicht auch ich ermordet worden. Aufgrund von Depressionen konnte ich zeitweise nicht arbeiten“, sagte Amélie Methner vom Verein „Ex-In Hessen“, der zum Aktionsbündnis gehört, das am Samstag zum europäischen „Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung – gegen Rechts“ aufgerufen hatte.

**„Inklusion ist ein Menschenrecht“**

Wie Methner erinnerten viele Rednerinnen und Redner an die unmenschlichen Verbrechen während der Nazi-Diktatur. Zum Beispiel daran, dass aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1934 bis 1937 rund 300 Menschen in der Marburger Landesheilanstalt zwangssterilisiert wurden. „In neun von 28 europäischen Staaten ist auch heute nach wie vor die Zwangssterilisation zulässig“, kritisierte Bernd Gökeler und spannte damit den Bogen in die heutige Zeit.

Denn mit „großer Besorgnis blickten Menschen mit Behinderung auf Aussagen aus dem rechten politischen Spektrum, die verschiedenste Gruppen aus der Gesellschaft gnadenlos ausgrenzen“, so das Aktionsbündnis im Demo-Aufruf.

„Inklusion ist keine Last, sondern ein Menschenrecht“, stand auf einigen Bannern der Demonstrierenden – ein offener Bezug zur Politik der AfD. In einem Interview mit dem MDR hatte Björn Höcke Inklusion als „Ideologieprojekt“ und „Belastungsfaktor“ bezeichnet und gefordert, dass Kinder mit Behinderungen nicht mehr an Regelschulen unterrichtet werden.

„Aussagen von Abgeordneten von rechts, dass gesunde Gesellschaften gesunde Schulen brauchen, sind rückwärts gerichtet und ein massives Alarmsignal“, warnte Gökeler.

### Emotionale Reden und Appelle

„Eine Welt ohne Menschen mit Behinderung ist keine Alternative“, betonte Claudia Klee von „Der Paritätische Hessen“. Amélie Methner erinnerte daran, dass schon die Bischofskonferenz festgestellt habe, dass die „AfD eine Politik vertrete, die nicht dem christlichen Menschenbild entspreche“.

Kreistagsvorsitzender Detlef Ruffert wurde in seiner Rede emotional, als er sich an einen älteren, stark behinderten Mann im Hinterland erinnerte, der von der Dorfgemeinschaft während der Nazizeit versteckt wurde. „Nur deshalb durfte ich ihn kennenlernen und dafür bin ich bis heute dankbar“, betonte Ruffert sichtlich bewegt.

Auch Manuel Fichtner wurde emotional. In einer flammenden Rede machte er deutlich, dass auch behinderte Menschen sich im Ehrenamt einsetzen – und sprach damit aus eigener Erfahrung. „Menschen mit Einschränkungen sind selbstbewusste Bürger geworden. Alle Menschen machen mit und verändern etwas. Das ist Teilhabe an der Demokratie“, sagte er und ertete tosenden Applaus.









